

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

411 (5.9.1919) Mittagausgabe

Badische Presse

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land. Weitans größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Redaktion Telef. Nr. 300.

Steuern und Berle von Ferd. Hierzen. Chefredakteur: Albert Gerwig. Verantwortl. für allem. Politik u. Redaktion: Ant. Hubold, bad. Volkst. Lokales u. allg. Zeitl. H. Kröber. a. Sedenburg, bad. Kronist. Sport u. Theater, für den Anzeigenteil: H. Huber, baden, alle in Karlsruhe. Berliner Vertriebsstelle: Berlin N. 10.

Anzeigen: Die Haupt-Anzeigenstelle ist die Badische Presse, L. 30-4, Postamt Nr. 1, 6. 1/2 die Seite, außerdem 30% Erwerbsaufschlag. Für Platzverträge und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Bei Wiederholungen tarifliches Rabatt, das bei Nichtzahlung der Beträge, bei Verzögerungen u. Konterben außer Acht zu lassen.

Die deutsche Antwortnote auf das Ultimatum der Alliierten.

Paris, 4. Sept. Die deutsche Regierung hat ihren Vertreter in Versailles beauftragt, dem Ministerpräsidenten Clemenceau auf die Note über die Verfassungsbestimmungen hinsichtlich Deutsch-Oesterreichs nachstehende Antwort zu übergeben: Die a. und a. Regierungen sehen nach ihrer Note vom 2. d. M. die Vorläufe des Artikels 61, Absatz 2 der deutschen Reichsverfassung über das Recht der Beteiligung Deutsch-Oesterreichs am Reichsrat als eine förmliche Verletzung der Bestimmungen des Artikels 80 des Friedensvertrages an und fordern deshalb von der alliierten Regierung, daß sie innerhalb einer Frist von 14 Tagen die notwendigen Maßnahmen trifft, um diese Verletzung durch Kraftlosmachung des Artikels 61, Absatz 2 zu beseitigen.

Die deutsche Regierung erklärt hierzu folgendes: Die deutsche Friedensdelegation in Versailles hat in ihren den Vertretern der a. und a. Regierungen am 29. Mai d. J. überreichten Bemerkungen zu den Friedensbedingungen bei Erörterung des Artikels 80 der Bedingungen darauf hingewiesen, daß Deutschland nie die Absicht gehabt habe, nach haben werde, die deutsch-österreichische Grenze gewaltsam zu verschieben, daß es aber nicht die Verpflichtung übernehmen könne, sich einem etwaigen Wunsch der Bevölkerung Oesterreichs nach Wiederherstellung des staatlichen Zusammenhanges mit dem deutschen Stammlande zu widersetzen. Die a. und a. Regierungen haben in ihrer Antwort vom 18. Juni d. J. darauf hingewiesen, daß sie von dem deutschen Vorschlag auf eine gewaltsame Verschiebung der deutsch-österreichischen Grenze Kenntnis nehmen.

Deutsch-Oesterreich ist hiernach angenommen worden, daß es den Bestimmungen des Artikels 80 der Friedensbedingungen der in seinem Schicksal ausdrücklich auf die künftige Möglichkeit einer mit Zustimmung des Völkerbundes eintretenden Aenderung der staatlichen Selbstständigkeit Oesterreichs hinsichtlich nicht widerspricht, wenn diese Möglichkeit durch eine friedliche, dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechts der Völker entsprechende Annäherung zwischen den beiden Ländern vorbereitet würde. Aus diesem Grunde ist in die deutsche Reichsverfassung die Vorschrift des Artikels 61, Absatz 2, aufgenommen worden. Sie regelt in ihrem ersten Satz das Stimmrecht Deutsch-Oesterreich im deutschen Reichsrat lediglich für den Fall, daß der Anschluß des Landes an das deutsche Reich erfolgt, ohne damit den Tatsachen, von denen ein wirklicher Anschluß abhängt, in irgend einer Weise vorzugreifen. Im zweiten Satz wird den Vertretern Deutsch-Oesterreichs bis zu dem Zeitpunkt des Anschlusses eine beratende Stimme im Reichsrat zugeteilt.

Die Vorschrift stellt die Ausübung des Rechts der Teilnahme an den Sitzungen des Reichsrates in das freie Ermessen Deutsch-Oesterreichs und hindert das Land weder in staatsrechtlicher noch in völkerrechtlicher Beziehung.

Trotz dieses Sachverhaltes halten die a. und a. Regierungen die Zulassung der österreichischen Vertreter zum Reichsrat für unannehmbar mit der im Artikel 80 des Friedensvertrages gewährtesten Unabhängigkeit des Landes, weil diese Zulassung das Land das deutsche Reich bildenden Ländern gleichstelle, weil sie ein politisches Band zwischen Deutschland u. Oesterreich schaffe u. weil sie eine gemeinsame politische Betätigung der beiden Länder zur Folge habe. Diese Auffassung der a. und a. Regierungen läßt eine Auslegung des Artikels 80 des Friedensvertrages erkennen, die von der deutsch-Oesterreichs bisher verfolgten Auslegung abweicht.

Deutschland sieht sich gegenüber der Note vom 2. September in der Lage, seinen bisherigen Standpunkt in dieser Frage aufrechtzuerhalten.

Dadurch wird jedoch eine Verringerung des Wortlautes der deutschen Reichsverfassung nicht erforderlich. Die a. und a. Regierungen haben in ihrer Note bereits auf den Artikel 179 der Verfassung hingewiesen, der schließlich vorschreibt, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages durch die Verfassung nicht herabgesetzt werden. Dieser Artikel verbietet keine Aufnahme dem Bestehen jeden etwa hervortretenden Widerspruch zwischen den Vorschriften der Verfassung und den in ihrer Tragweite dieselben zweifelhaften Bestimmungen des Friedensvertrages unter allen Umständen auszusprechen. Der Vorbehalt des Artikels erhebt keine Wirkung auf alle Vorschriften der Verfassung, mitnämlich auch auf die erwähnte Vorschrift des Artikels 61, Absatz 2.

Wenn daher die Vorschrift des Artikels 61, Absatz 2, für sich genommen, mit einer Bestimmung des Friedensvertrages in Widerspruch steht, so ergibt sich daraus ohne weiteres, daß diese Vorschrift insoweit der Wirksamkeit entbehrt. Die deutsche Regierung erklärt daher, daß die Vorschrift des Artikels 61, Absatz 2 der Verfassung solange kraftlos bleibt, daß insbesondere eine Zulassung von Vertretern Deutsch-Oesterreichs zum Reichsrat solange nicht erfolgen kann, als nicht der Rat des Völkerbundes gemäß Artikel 80 des Friedensvertrages einer Verringerung der staatsrechtlichen Verhältnisse Deutsch-Oesterreichs zustimmt.

Obwohl die Angelegenheit mit der vorstehenden Erklärung dem Wunsch der a. und a. Regierungen entsprechend erledigt wird, steht sich die deutsche Regierung doch nach zu folgenden grundlegenden Bemerkungen veranlaßt:

Die deutsche Regierung hat nach ihrer Ansicht keinen Anlaß, dazu gegeben, das Verlangen nach Aufklärung völkerrechtlicher Widersprüche der deutschen Verfassung mit dem Friedensvertrag in derart scharfer Form zu stellen, wie dies in der Note der a. u. a. Regierungen geschehen ist. Wenn diese Regierungen für den Fall einer Ablehnung ihrer Forderung mit einer Ausdehnung der Besetzung drohen und sich hierfür auf den Artikel 429 des Friedensvertrages berufen, so muß darauf hingewiesen werden, daß der Friedensvertrag, ganz abgesehen davon, daß die a. und a. Regierungen ihn bisher nicht ratifiziert haben und daher ihre Ansprüche vom Rechtsstandpunkt aus überhaupt nicht geltend machen können, für eine solche Maßnahme keine Stütze bietet. Der Artikel 429 sieht zwar unter gewissen Umständen eine längere Dauer, aber keine örtliche Ausdehnung der Besetzung vor. Die deutsche Regierung kann daher in der Anwendung einer derartigen Maßnahme nur einen tiefbedauerlichen Gewaltakt sehen.

D. Lugano, 4. Sept. (Eig. Meldung.) Wie aus Rom berichtet wird, hat die Drohnote des Verbandes, wonach dieser die Aenderung der deutschen Reichsverfassung fordert, in Italien sehr schlechten Eindruck gemacht.

Sch. Rotterdam, 5. Sept. (Privat-Tele.) Die „Morningpost“ meldet aus Paris: Das Ultimatum der Entente an Deutschland ist im Rat der Alliierten einstimmig beschlossen worden. Der Beschluß erfolgte nach mehrtägigen Beratungen. Maß-

gebend für seine Durchführung war die Ueberzeugung, daß die finanziellen Verpflichtungen Oesterreichs gegenüber den Alliierten nur ohne den Anschluß an Deutschland unbedingt sicher gestellt seien.

Zum österreichischen Friedensvertrag.

Aus dem Begleitschreiben Clemenceaus.

Paris, 4. Sept. (Wiener Korr.-Bü.) Das gestern dem Staatskanzler Renner überreichte Begleitschreiben des Präsidenten der Friedenskonferenz, Clemenceau, weist zu Beginn die Einwendung der deutsch-österreichischen Delegation, daß Oesterreich nicht als feindlicher Staat betrachtet werden dürfe, mit der Begründung zurück, daß das deutsche - österreichische Volk die Politik seiner Machthaber, welche durch das Ultimatum an Serbien und die Nichtannahme der Genugtuung seitens dieses Staates gegeben den Weg suchten, der zum Weltkrieg führte, nicht nur nicht bekämpft, sondern diesen Krieg für sich begrüßt hat. Das Begleitschreiben weist sodann darauf hin, daß die Politik der ehemaligen die Habsburger Hegemonie des deutsch-österreichischen Volkes über die Mehrheit der Einwohner der österreichisch-ungarischen Monarchie aufrechterhalten wollte.

Weiter hebt das Begleitschreiben hervor, daß die alliierten und assoziierten Mächte keineswegs den Wunsch haben, die unglückliche Lage Oesterreichs neu zu verschärfen; es weist dabei auf die Aenderungen der wirtschaftlichen Bestimmungen hin und betont sich sodann mit der Bestimmung der Grenzen, wobei über das folgende ausgeführt wird:

Die alliierten und assoziierten Mächte waren von der Tatsache durchdrungen, daß während langer Jahre das italienische Volk einer absichtlichen, gegen sein Leben gerichteten Bedrohung ausgesetzt war. Diese Bedrohung ergab sich daraus, daß Oesterreich im Besitz vorgeschobener, die italienische Ebene beherrschender Stellungen war. Die alliierten und assoziierten Mächte betrachteten es als die beste Lösung, Italien die natürliche Abzugsgrenze zuzugestehen, die es seit so langer Zeit forderte.

Schließlich wird betont, daß der Friedensvertrag in dieser Form unabänderlich ist und daß die a. und a. Mächte von der österreichischen Delegation innerhalb 5 Tagen die Erklärung erwarten, ob sie bereit ist, den Vertrag zu unterzeichnen. Wenn eine solche Erklärung innerhalb der oben bezeichneten Frist nicht erfolgt, wird der am 3. Nov. 1918 abgeschlossene Zustand als beendet betrachtet und die a. und a. Mächte werden alle Maßnahmen treffen, die sie für notwendig halten, um ihre Bedingungen a. u. a. Weise durchzuführen.

Staatskanzler Renner über den Friedensvertrag.

Wien, 4. Sept. Die Blätter veröffentlichten Äußerungen des Staatskanzlers Renner, die er gegenüber einem privaten Berichterstatter in St. Germain getan hat. Politisch und national, so erklärte der Staatskanzler, sind wir schwer betroffen. Unser Staat wird beschränkt auf die deutschen Alpenländer. Die 400jährige Gemeinbürgerschaft der Alpendeutschen und Sudeten-Deutschen ist zerprengt und von den deutschen Siedlungsgebieten in den Alpenländern werden uns wesentliche Stütze vorenthalten. Das urdeutsche Marburg, dessen deutschen Charakter die Antimotte selbst hervorhebt, wird künftig seine Vertreter nach Belgrad schicken. Selbst der Feldberg und Gmundenhahnhof bleiben verloren. Die Nationalversammlung wird darüber entscheiden müssen, ob trotz dieser Opfer der Vertrag unterzeichnet werden kann. In nationaler Beziehung büßt unsere Republik ihre Handlungsfreiheit ein und das mit elementarer Gewalt in den Novembertagen hervorgetretene Anschlußbestreben wird auf den schmerzlichen Weg von Verhandlungen mit dem Völkerbund verwiesen. Wir behalten eine politische Souveränität, von der wir keinen Gebrauch machen dürfen und werden dazu der vollständigen ökonomischen Oberhoheit der alliierten Großmächte unterworfen, die sich in dem Separationsausgang verkörpert mit dem Völkerbund als letzter Instanz. Sie wollen einen Ertrinkenden retten und belassen ihn sofort mit einem Mühlstein. Unser Volk ist nun vor die furchtbare Prüfung gestellt. Diese Probe muß uns entweder außerordentlich härten oder dauernd verelenden. Wir müssen uns zusammenscharen und uns einheitlich organisieren zu einer wirklichen Gemeinschaft. Jeder Einzelne muß alle seine Kräfte einlegen. Dann kann es uns gelingen.

Zwei Tage Fristverlängerung nachgekauft.

Paris, 4. Sept. Reuter meldet: Die österreichische Delegation hat um eine zweitägige Fristverlängerung für die Antwortnote der Friedensbedingungen ersucht. Der Antrag wird wahrscheinlich zugestanden werden.

Serbien macht Schwierigkeiten.

Rotterdam, 4. Sept. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Von gutunterrichteter Seite verlautet, daß die serbische Regierung sich weigern wird, den Friedensvertrag mit Oesterreich zu unterzeichnen, wenn die Bestimmungen über den Schutz der nationalen Minderheiten, die Serbien als im Widerspruch zu den Grundsätzen seiner Souveränität stehend betrachtet, nicht abgeändert werden.

Der rumänische Protest.

Bern, 4. Sept. Wie das rumänische Pressebüro zu Dacia aus Bukarest meldet, hat der Ministerrat einen Protest gegen die Klauseln im Friedensvertrag mit Oesterreich, die sich auf Rumänien beziehen, registriert und nach Paris an den rumänischen Friedensdelegierten Mitteilungs geschickt, damit dieser ihn der Friedenskonferenz überbringe.

Die Wahrheit über Oberschlesien.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Der ober-schlesische Aufstand geht seinem Ende zu. Die Forderungen, die sich zur Arbeit einfinden, wird von Tag zu Tag größer. Und auch das kritische Stadium der Bandenkämpfe an den Grenzen scheint vorüber, wenigstens es noch häufig Gesichtsänge gibt, die beiderseitige Tote und Verwundete kosten.

Interessant ist es nun, die Wahrheit über die Entstehung der ober-schlesischen Bewegung zu erfahren. Die Parteipresse, besonders die des rechten und des linken Flügels, hat durch Kommentare den ober-schlesischen Aufruhr für eigenen Parteibedarf zurechtgemacht. Objektive Berichte mit amtlichen Unterlagen sind nur in sehr beschränkter Zahl in die Öffentlichkeit gelangt.

Geboren wurde die Idee, ein polnisches Oberschlesien dem polnischen Staate anzuschließen, erst in den ersten Monaten dieses Jahres. Bis dahin und besonders im Verlauf des Weltkriegs, hatten sich die Polen stets als gute Deutsche gefühlt. Nun fanden sich in Kattowitz, Gogole und anderen Polen Führer, die sich den revolutionären

Zerlegungsgeist zunehmen machten und eine gewaltige Polenpropaganda begannen, die von großpolnischer Seite als selbstverständlich warm begrüßt wurde. Von der Kanzel herab, von Haus zu Haus, durch Flugblätter und durch Klebzeitel wurde immer und immer wieder für Polen agitiert. Es war offensichtlich darauf abgesehen, der Abstimmung dadurch vorzubeugen, daß man bereits vorher vollendete Tatsachen schaffte. Der Bevölkerung wurden unheilbare Versprechungen gemacht, die jedoch bei der Urteilsbeschränkung gewisser ober-schlesischen Kreise für bare Münze genommen wurden. Hand in Hand mit dieser Werbetätigkeit, die auch namhafte Summen für den Agitationsfonds zeitigte, ging ein systematischer Aufbau von Waffen, für die hohe Summen gezahlt wurden. Die polnische Regierung spielte bei allen diesen Vorhaben die Rolle eines zweifelhaften Dummleimannes und Hehlers, Beweismittel, die Warschauer Kreise außerordentlich belästen, befinden sich in deutschem Besitz. Ein polnischer Militär- und Zivilverwaltungskörper war bereits bis in die Einzelheiten durchorganisiert, als es der Aufmerksamkeit unserer Behörden gelang, die Verwirklichung der polnischen Pläne durch energische Maßnahmen zu verhindern.

Die Vorwürfe, die der Regierung gemacht wurden, sie habe verpölet zugriffen, sind unrichtig. Soweit es die damals schwachen Kräfte gestatteten, wurde alles nur Mögliche getan. Die militärischen Kontingente waren allerdings f. Zt. so schwach, daß eine 700 bis 900 Kilometer lange Front mit nur 3000 Mann gehalten werden mußte. Daher war es unmöglich, in die inneren Bewegungen (Grubenstreik usw.) zu entscheiden einzugreifen, wie es vielleicht auf gegeben wäre. Und in der Tat hatte ich in verschiedenen Gegenden Oberschlesiens Gelegenheit, von neutralen Persönlichkeiten die energischen und umfassenden Maßnahmen, besonders des Reichs- und Staatskommissars Hörsing, loben zu hören. Die militärische Befehlskette insgesamt mit der Verhängung des Belagerungszustandes Härten, die zum Teil schwer empfunden wurden, die aber in Anbetracht der außerordentlich kritischen Lage kaum zu vermeiden waren.

Während die Polen in Oberschlesien wühlten, waren auch die Kommunisten und Unabhängigen eifrig am Werk. Nur muß dem mit Entschiedenheit entgegengetreten werden, daß beide am selben Strang zogen. Gewiß hatte die polnische und die spartakistische Bewegung manches Gemeinname. Ihre Unabhängigkeit voneinander dokumentieren jedoch die polnischen Erlasse, die gegen die Radikalen Stellung nehmen, und die vom Standpunkt der Spartakisten aus bezweifelte Antipathie gegen die Polen, die ihrem politischen Leben wesentlich engere Grenzen gezogen haben, wie die Deutschen.

Daß es natürlich beim Aufflakern eines Aufstandes gelegentlich zu einer Verbindung kam, war nur zu selbstverständlich aus der Fische der beiden heraus: denn Verdringung, Raub waren ja hier wieder die Parole.

Aus dem Reiche eingetroffene Verhaftungen haben heute die Ruhe wieder fast reines hergekehrt. Koskes Freiwillige werden von weiten Kreisen, die ihnen nur noch nicht allzulange Zeit als vermeintlichen Trägern des preussischen Militarismus selbst gegenüberstanden und sie als Helden der Reaktion anpöbeln, heute offen als Ketzer übersehen. Staatskommissar Hörsing wird als weiser Kopf bezeichnet, der den Reichswehrminister nur noch an Selbstheit übertrafen soll. Denn ihn hatten nur die, die vom parteipolitischen Schwert verblendet sind oder Arbeitsunwillige, denen kein nachdrücklicher Ruf zur Arbeit nicht paßt.

Gewiß sind bei der ob der wiederholten polnischen und auch spartakistischen Greuelthaten erregten Stimmung der Truppen Uebergriffe Einzelner zu verzeichnen gewesen. Die Anzahl der Klagen ist aber sehr gering, groß jedoch die Zahl der Anzeigen. Denn außer gewissen Merkmalen Kreisen und solchen, die das Kommen der Truppen eben nötig machten, ist man für die „Rote Garde“ mehr eingenommen, denn sonst. Und an den Grenzen der Provinz halten sie treue Wacht und bewahren mit deutschen Mut und deutscher Ausdauer Oberschlesiens Bevölkerung vor dem Einfall polnischer Banden. Denn wo diese eintraten, ging es schlimm her. Und ihre deutsche Gesinnung müssen manche Oberschlesier aus den Grenzbezirken heute in Kratal in polnischer Gefangenschaft büßen, wozin sie von den Polen verschleppt wurden.

Die Feststellung deutscher Behörden, daß polnische Offiziere und polnische reguläre Truppen oftmals in die Bandenkämpfe mit eingegriffen haben, wird wiederum ein eigenartiges Licht auf das Doppelspiel der Warschauer Diplomaten, die mit der Miene von Weibernmännern ihre Ansicht an ober-schlesischen Aufruhr beteuern und der Bewegung doch Drahtzieherdienste leisten.

Die Entente-Kommission ist durch Oberschlesien unterwegs. Sie soll auch besonders die Berichte über polnische Greuelthaten nachprüfen. Nun... es unterliegt keinem Zweifel, daß sie über-schlesisches Material vorfinden wird. Und zur Verhütung einer gewissen Presse, die nur in den Deutschen Kreis die Barbaren sieht, dürfte das Ergebnis wesentlich einiges beitragen!

Die Verhinderung deutscher Einwohner aus Schlesien.

Breslau, 4. Sept. Die „Schlesische Zeitung“ meldet aus Kattowitz: Gegen 200 verschleppte deutsche Einwohner tragen gestern wieder in Kattowitz ein. Während ihrer Kattowitz-Gefangenschaft haben sie eine schwere körperliche und seelische Leidenszeit durchgemacht. Ihre Verbringung ist dem energischen Eintreten der amerikanischen Kommission zuzuschreiben, die seit Freitag in Kratal weilte. Die Zurückgeführten befinden sich in jämmerlicher Verfassung: sie sind halb verhungert und ihrer Kleidung und Wertsachen größtenteils beraubt. Sie wurden schwer mißhandelt und stehen unter schwerer seelischer Depression. Die Gendarmen und Polizeiwachtmänner, 15 an der Zahl, hielten in völlig zerfallenen polnischen Uniformen. Dem Gemeindevorsteher Schiele-Gideman wurden die Zähne herausgeschlagen.

Aus den Tagen der Friedensunterzeichnung.

Kolische Heimbesprechung der Kriegsgefangenen.

D. Berlin, 5. Sept. (Eig. Meldung.) Der englische Vorsitzende der internationalen Waffensstillstandskommission in Köln hat ein Telegramm folgenden Inhalts erhalten:

Wir beschließen, Vertreter der Londoner Zentralbehörden und des englischen großen Hauptquartiers in Frankreich zu einer Besprechung nach Köln zu entsenden. Diese sollen gemeinsam mit Vertretern des Armees-Oberkommandos der Besatzungsgruppen unter Führung der englischen Waffensstillstandskommission mit deutschen Vertretern verhandeln und mit ihnen einen Plan entwerfen, auf welche Weise täglich bis zu 10.000 Gefangene heimbeordert werden können. Diese Besprechung wird heute im „Kölner Hof“ in Köln stattfinden.

Eine finanzielle Kontrollkommission der Alliierten.

Sch. Rotterdam, 5. Sept. (Privat-Tele.) „Daily Mail“ meldet aus Paris, daß eine neue Entente-Kommission gebildet werde, die die Kontrolle des deutschen Staatshaushaltes im Sinne der Bedingungen des Friedensvertrages übernehmen soll. Die Tätig-

DEUTSCHER COGNAC

Cognac Scharlachberg

BINGEN a. Rh.

Auslese

MARKE Ein famoser Tropfen!

Vertreter: L. Hellinger, Karlsruhe i. B. Telefon Nr. 2125 Gabelsbergerstrasse 9.

13008

Obst-Versteigerung.

Auf dem markgräflichen Hofgut in Weizen wird Samstag, den 6. September nachmittags 4 Uhr, das diesjährige Obsttraktant im Gewann Langengrund, meistens Zwetschen, Baum- und losmette gegen Barzahlung auf dem Platze versteigert. Zusammenkunft im Gutshof. W. Böllmer. 7154a

Spätobst-Versteigerung.

Am Montag, den 8. September 1919, nachmittags 2 1/2 Uhr, wird auf Hofgut des Kommissars in Weizen, bestehend aus Apfel, Birnen und Zwetschen, baum- und losmette gegen Barzahlung öffentlich versteigert. Zusammenkunft im Hofgut. Gutsverwaltung Weizenhof bei Karlsruhe. 7270a

Obst-Versteigerung.

Am Samstag, den 6. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, versteigere ich das Obsttraktant vom Kommissar in Weizen, bestehend aus Zwetschen, Baum- und losmette gegen Barzahlung auf dem Hofgut. Zusammenkunft im Hofgut. Kommissar bei Weizen. 7271a

Gehüder Scharff Wir empfehlen: Zwiebeln großstückige, erstklassige Dauerware. Segen, zweijährige Frucht. Zum Einlagern für den Winterbedarf sehr zu empfehlen. Pfd. 40 Pfd.

Kaufgeuche Wirtschaft-Geluch Nachweis, auf achende Gastwirtschaft oder Restaurant zu mieten gesucht. Angebote mit Preisangabe an die Bad. Presse.

Hauskauf Gut rentierendes Haus, neu erbaut, zu fast 10000 M. zu kaufen. Angebote mit Preisangabe an die Bad. Presse.

Klein Landhaus 4-10000 M. zu kaufen. Angebote mit Preisangabe an die Bad. Presse.

Elektro-Motore Dreifach, 50 Periode, 210/230 Volt, ca. 10 PS, zu kaufen gesucht. 14029

Zunfer & Ruh, Karlsruhe. Gebrauchter Geldschrank mittlere Größe, sofort zu kaufen gesucht. 7296a

Brennholzlager, entl. mit Gebührenten, möglichst Schwarzwald zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preisangabe an die Bad. Presse.

Samson kauft alles! Geirag, Kleider, Mäße, Möbel, Betten, Eisen, alle Gold- u. Silber-Münzen Brillanten, Uhren, Schmuckstücke, etc. etc. zu den besten Preisen. Samson's Handels-Gesellschaft, Hildesheim. 24. 3. 20

Wir kaufen neue od. gebrauchte, aber gut erhaltene Luftgewehre. Zusammenkunft im Hofgut. 7145. 2. 1. 1919

Spinnwand zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe an die Bad. Presse.

Spannband zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe an die Bad. Presse.

Zu verkaufen

Hotel zu verkaufen in einem verkehrsreichen Ort. 7154a

Spätobst-Versteigerung.

Am Montag, den 8. September 1919, nachmittags 2 1/2 Uhr, wird auf Hofgut des Kommissars in Weizen, bestehend aus Apfel, Birnen und Zwetschen, baum- und losmette gegen Barzahlung auf dem Platze versteigert. Zusammenkunft im Gutshof. W. Böllmer. 7154a

Obst-Versteigerung.

Am Samstag, den 6. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, versteigere ich das Obsttraktant vom Kommissar in Weizen, bestehend aus Zwetschen, Baum- und losmette gegen Barzahlung auf dem Hofgut. Zusammenkunft im Hofgut. Kommissar bei Weizen. 7271a

Lebensmittelbranche. Ein in der Lebensmittelbranche einwirkendes, antichineses Geschäft mit großer Verkaufsmöglichkeit. 7296a

Haus in bester Wohnlage. 123 M. u. 6-2 Zimmer. 7296a

4 Zimmerhaus. 4 Zimm. (Südwestlage). 7296a

Grundstück mit kleinem Wohnhaus. 7296a

2 Gleichstrom-Motore. 110 Volt, 25x84 Amp. 7296a

Zu verkaufen: 2 P. S. Deutzer Gasmotor. 7296a

Drehstrom-Motor. 110 Volt, 25x84 Amp. 7296a

Schweißapparat. 110 Volt, 25x84 Amp. 7296a

prima Tafelobst. 7296a

Molkerei-Anlage.

Die von der Stadt Karlsruhe im Bereich des alten Marktes errichtete, aber nicht mehr benutzte Molkerei-Anlage ist mit allen notwendigen Maschinen und Anlagen zu verkaufen. 7296a

Wohnhaus

Wohnhaus mit 4 Zimmern, 1100 M. u. 6-2 Zimmer. 7296a

Obstweine

Obstweine in bester Qualität. 7296a

Ein Grundstück. 10000 M. zu kaufen. 7296a

Stationäre Lokomobile, stehender Dieselmotor, Deutzer Benzolmotor, Bandsäge, 900 mm Rollenbrennsäher, Große Bohr- und Stemmmaschine, Tisch-Kreisfräse, Fräsmaschinen, Langlochbohrmaschine, Trommelschleifmaschine, Leimofen, abgebaut, um erhalten, Hans Julier, Karlsruhe, Gerwigstraße 31. Fernspr. 5009.

Die noch sehr gute Laden-Einrichtung. 7296a

Preiswert zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Villen und Landhäuser

Villen und Landhäuser in bester Lage. 7296a

Wirtschafts-Verkauf!

Wirtschafts-Verkauf! 7296a

Ein Grundstück. 10000 M. zu kaufen. 7296a

Stationäre Lokomobile, stehender Dieselmotor, Deutzer Benzolmotor, Bandsäge, 900 mm Rollenbrennsäher, Große Bohr- und Stemmmaschine, Tisch-Kreisfräse, Fräsmaschinen, Langlochbohrmaschine, Trommelschleifmaschine, Leimofen, abgebaut, um erhalten, Hans Julier, Karlsruhe, Gerwigstraße 31. Fernspr. 5009.

Die noch sehr gute Laden-Einrichtung. 7296a

Preiswert zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Empfehle mein reichhaltiges Lager

empfehle mein reichhaltiges Lager in elektr. Beleuchtungskörpern, Elektro-Motoren, Koch- und Heiz-Apparaten in allen Ausführungen. 7296a

Valentin Haitz

Elektrotechnisches Geschäft. 7296a

Auto, 1798 PS, 6500 M. zu kaufen. 7296a

Klein-Auto zu verkaufen. 7296a

Motorrad N. S. U. 6 1/2 P. S. 7296a

Schreibmaschine. 7296a

2 Korb-Flaschen. 7296a

Schwarz-Krad. 7296a

Reifen. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Empfehle mein reichhaltiges Lager

empfehle mein reichhaltiges Lager in elektr. Beleuchtungskörpern, Elektro-Motoren, Koch- und Heiz-Apparaten in allen Ausführungen. 7296a

Valentin Haitz

Elektrotechnisches Geschäft. 7296a

Auto, 1798 PS, 6500 M. zu kaufen. 7296a

Klein-Auto zu verkaufen. 7296a

Motorrad N. S. U. 6 1/2 P. S. 7296a

Schreibmaschine. 7296a

2 Korb-Flaschen. 7296a

Schwarz-Krad. 7296a

Reifen. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a

Zu verkaufen: Ein schwarzes Fahrrad für solenne Fahrt. 7296a